

läßt und den ‚Vertrauenseitel‘ „Father“ in jener Kameradschaftlichkeit entgegennimmt, die das Verhältnis zwischen amerikanischen Vätern und ihren Söhnen allgemein auszeichnet.

### Eintrittskarten

Auch im Westen unseres Kontinents ist man unermüdlich bestrebt, die „apostolische Technik“, von der ohne Hemmungen gesprochen wird, aufzufrischen. Mitunter handelt es sich dabei um Kleinigkeiten, über die man versucht ist zu lachen, die aber auf unsere Zeitgenossen eine sonderbar anziehende Wirkung ausüben kraft ihrer Anpassung an das, woran „man“ nun einmal gewöhnt ist. Belgische Volksmissionare kamen auf die Idee, zu ihren Volkmissionen Eintrittskarten auszugeben. Vierzehn Tage vor Beginn der Missionen besuchten sie alle Familien und überreichten ihnen ein Heft mit Billetten, deren jedes zum Eintritt in eine bestimmte Missionsveranstaltung berechnete. Das Unglaubliche geschah. Die Veranstaltungen stiegen im Kurs. Die Missionare hatten den Vorteil einer ganz exakten Kontrolle, da alle Eintrittskarten nummeriert und anhand der Kartothek identifizierbar waren, und die Leute kamen und zeigten ihre Karten vor. Jeden Abend wurde die Tagesbilanz gezogen. Die Nichterschienenen wurden besucht, und in Pfarreien aller Art konnten ungewöhnliche Missionsergebnisse erzielt werden. Wie die Statistik in der „Nouvelle Revue théologique“ (März 1950), der diese Geschichte entnommen ist, ausweist, wurden folgende Prozentzahlen erreicht, die als typisch bezeichnet werden:

Charakter der Pfarrei	Seelenzahl	Teilnehmer		Beichten
		an einer Veranstaltung	an fünf od. mehr Veranstaltungen	
Land, weltoffen	6 900	97,6	74,16	95,19
Land, sozialistisch-liberal	1 156	98,31	—	79
Kleinstadt, liberal zentrale Lage	3 595	93,2	75	83,68
bedeutendere Kleinstadt	5 100	85,24	58	67,4
Industriestadt	13 000	75	—	70
Industriezentrum, weltanschaulich bewegt				
1. Pfarrei	—	65,3	32,55	36,34
2. Pfarrei	—	41,50	21,67	26,51
Arbeiterpfarrei				
Bezirk Antwerpen	6 179	68,13	38,29	41
Proletarische Pfarrei bei Antwerpen	6 000	55,4	24,3	41,8
Rand Groß-Brüssel	15 000	33,25	18,62	18
Kommunistenviertel				
Gent	5 400	31,86	14,77	20,25

In einem besonders verlassenen Viertel dieser letzten Pfarrei ließen sich 2 Missionare anschließend nieder. Man schuf zunächst, auch dies war „Technik“, eine eigene Kapellenbaracke. Am ersten Sonntag kamen schon 400 Leute, 25%. Seither wird die Seelsorge als „mission permanente“ aufgefaßt und verläuft bisher sehr ermutigend.

**Eritis sicut illi** Die evangelische französische Wochenzeitung „Réforme“ (6. 5. 50) berichtet: Dr. Britton, Professor der Physiologie, sagte in einem Vortrag an der Universität von Virginia in USA, wenn man wollte, könnte man schon heute nach wissenschaftlichem Verfahren durch künstliche Befruchtung der großen Anthropoiden mit menschlichem Sperma eine Bastardrasse züchten, deren Exemplare das Problem der Handarbeit lösen würden.

## Ökumenische Nachrichten

**Die Friedenssynode** Die zweite Generalsynode der „Evangelischen Kirche in Deutschland“, die vom 23.—27. April 1950 in Berlin-Weißensee (Ostsektor) tagte, hat das Friedenthema fortgeführt, das ihre Verfassungegebende Versammlung im Juli 1948 in Eisenach aufgenommen hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jg., H. 11, S. 518). Damals war die allgemeine Lage nicht weniger ernst. Die sehr entschiedene, von Präsident Niemöller geführte Gruppe der „Bekennenden Kirche“ hatte aber vergeblich versucht, eine kirchlich und christlich begründete Absage an den Krieg, besonders an die Beteiligung Deutscher, über einen moralischen Appell hinaus zu praktischen Verurteilungen zu führen und damit auf die Verhandlungen der bald darauf in Amsterdam zusammentretenden Weltkirchenkonferenz einzuwirken. In Berlin dagegen wurde ein Schritt vorwärts getan. Auch diesmal stand die Synode in einer ökumenischen Planung. Die Arbeit der ständigen 4. Kommission des Ökumenischen Rates „für internationale Angelegenheiten“ hatte sich in den letzten Jahren weiter mit der Möglichkeit einer Beseitigung der Atomwaffen beschäftigt und vor allem die Frage studiert, wie die vereinigten Kirchen durch eine gemeinsame und einhellige Botschaft vom Rechte Gottes dem politischen Souveränitätswahn der Mächte entgegenzutreten könnten.

Es läßt auf eine überlegte Planung schließen, daß das Thema der Berliner Synode, „Was kann die Kirche für den Frieden tun?“, unmittelbar danach durch eine amerikanische Kirchenkonferenz erörtert wurde, die vom 8.—11. Mai in Detroit tagte. Aus einer Vorlage von Professor Walter M. Horton, Ohio, die in „Christian Century“ am 12. April abgedruckt war — „Krieg kann man vermeiden“ — geht hervor, daß die Tendenz der vom Bischof von Chichester geführten ökumenischen Gruppe darauf gerichtet ist, Methoden eines gewaltlosen Kampfes der Christen gegen den Krieg zu vereinbaren, wobei auf das Vorbild eines großen Nicht-Christen, nämlich des Mahatma Gandhi, hingewiesen wird, um daran zu zeigen, daß derartige Methoden wirksam sind. Bis zur Stunde liegen die Ergebnisse der Tagung von Detroit nicht vor, aber der Zusammenhang, in welchem die Botschaft der Berliner Synode zu verstehen sein wird, ist offenkundig.

### Kulturkampf in der Ostzone

Wohl davon zu unterscheiden ist ein zweites Thema, das der Synode von der akuten Spannung in der Ostzone auferlegt wurde und dessen Behandlung nicht ohne Rückwirkung auf die Gesamtlage geblieben ist. Diese Frage hat die Synode zusammengehalten. Schon lange vor ihrer Eröffnung hatte Bischof Dibelius mit der SED-Regierung in Verhandlung gestanden, wie der kulturpolitische Kurs

in der Ostzone geändert werden könne, der die Religion immer mehr zur Privatsache erklärt und die Kirche in eine ungefährliche Neutralität einschließt, während das öffentliche Leben, vor allem die Schule, ganz unter eine kirchen- und christentumsfeindlich-materialistische Weltanschauung gebracht wird. Für die kommenden Monate waren verschärfte Maßnahmen des herrschenden Regimes mit einer Kirchenaustrittsbewegung angekündigt. Bischof Dibelius faßte, da die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, seinen Standpunkt in einem am 20. April an Ministerpräsident Grotewohl gerichteten Brief zusammen, der gleichzeitig in den Gemeinden verbreitet wurde. Darin sind folgende Punkte beachtlich:

„Die materialistische Weltanschauung ist nicht eine theoretische Angelegenheit, sondern sie wirkt sich im Leben des Einzelnen und der Gemeinschaft ständig praktisch aus. Da sie von Gott nichts weiß, macht sie Irdisches zum höchsten Gut und zum obersten verpflichtenden Wert und stößt dadurch unausweichlich mit den sittlichen Pflichten des Christen zusammen, die ihren ewigen Grund in den Geboten Gottes haben. Es ist nicht meine Aufgabe zu untersuchen, wie es vom materialistischen Standpunkt aus zu beurteilen ist, wenn Schüler in politischen Aufsätzen etwas schreiben, was ihrer Überzeugung widerspricht, weil sie sich die Zulassung zur Oberschule oder zur Universität nicht verscherzen wollen. Nach den Geboten Gottes ist das ganz einfach Lüge . . .

. . . Die Leitung der christlichen Kirche aber kann nicht untätig zusehen, wie ihre Mitglieder sich unter äußerem Druck allmählich daran gewöhnen, daß sie ein zwispältiges Leben führen, das in einer allgemeinen Verlogenheit enden muß, und sie kann an den Hilferufen der in ihrem Gewissen bedrängten Christenmenschen, wie sie täglich zu ihr kommen, nicht gleichmütig vorbeigehen.“

Die Kirche, so fährt Bischof Dibelius fort, wünscht keinen Kampf mit der Staatsgewalt, so wenig sie ihn fürchtet. Er machte zur Entspannung der Atmosphäre einige praktische Vorschläge: 1. Zurückziehung des antichristlichen Geschichtsbuches von Michulin aus der Lehrerausbildung; 2. Beseitigung politischen Druckes, um Christen gegen ihr Gewissen in Organisationen hineinzuzwingen, einschließlich der FDJ; 3. Durchführung der Verfassungsbestimmungen über die Freiheit der Meinungsäußerung und über den Rechtsschutz bei Verhaftungen, kurzum Wiederherstellung der Würde des Menschen. Diesem Brief gab die Leitung der evangelischen Landeskirche von Berlin-Brandenburg (also nicht alle Kirchenleitungen der Ostzone) durch eine Kanzelabkündigung den erforderlichen Nachdruck. Sie wurde am Eröffnungssonntag der Synode in allen Kirchen Berlins verlesen. Darin heißt es u. a.:

„. . . leidend widerstehen . . .“

„1. Die evangelische Kirche bekennt sich zu der Wahrheit, die Jesus Christus heißt. Diese Wahrheit ist mit der materialistischen Weltanschauung nicht vereinbar. Deshalb erheben wir Einspruch dagegen, daß diese Weltanschauung in den Schulen, an den Hochschulen, in den Behörden und in den staatlich geförderten Organisationen als allein gültige Wahrheit propagiert wird. Keine Staatsgewalt hat das Recht, jemandem eine Weltanschauung aufzunötigen, die seinem Glauben und Gewissen widerspricht. Wir rufen die Glieder unserer Gemeinden dazu auf, überall da, wo ihr Glaube direkt oder indirekt angegriffen wird, mit Entschiedenheit und Feudigkeit zu be-

kennen, daß Christus unser Herr ist und daß wir ihm mit Leib und Seele angehören.

2. Jesus Christus, der die Wahrheit ist, befreit uns von der Macht der Lüge. Es ist Sünde, Menschen mit Gewalt zum Lügen zu zwingen und auch schon Kinder dazu zu verführen. Wir bitten auf das inständigste alle, die im politischen Leben stehen, sich solcher Sünde nicht schuldig zu machen.

3. Die Wahrheit, die Jesus Christus heißt, macht uns auch frei dazu, daß wir unsern Nächsten lieben können, selbst wenn er unser Feind ist. Wo der Haß gegen die Völker, gegen die Rassen oder Klassen oder gegen einzelne gepredigt wird, ist der Christ zur Liebe gerufen. Unter keinen Umständen darf er sich an irgendwelcher Haßpropaganda oder an Gewalttaten mitschuldig machen. Und wenn er selbst zum Opfer solcher Aktionen wird, darf er die Gewalt nicht mit Gewalt beantworten, sondern soll Gott um die Kraft bitten, leidend zu widerstehen.“

Diese Aktion war um so wirksamer, als am gleichen Sonntag ein Hirtenbrief der katholischen Bischöfe zur Verlesung kam, der sich ebenfalls gegen den Materialismus wendet und Katholiken, die sich bewußt und in aller Freiheit dem atheistischen Materialismus anschließen, die Exkommunikation ankündigt. Es heißt darin:

„Laßt euch nicht mißbrauchen. Es handelt sich beim Materialismus nicht um rein wirtschaftliche Fragen, nicht um eine notwendige Sozialreform, noch um eine gerechtere Verteilung des Besitzes. Der Materialismus ist bis in seine Wurzeln atheistisch und antireligiös, er ist Christus und der Kirche feindlich.

Aber niemand kann gleichzeitig ein wahrer Christ und ein wirklicher Materialist sein. Es handelt sich beim Materialismus auch nicht um Politik. Die Kirche weigert sich, in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen zwischen den kommunistischen und antikommunistischen Mächten Partei zu ergreifen. Es ist falsch, daß sie den Kapitalismus unterstützt. Wie der Kommunismus, steht auch der materialistische Kapitalismus im Widerspruch zur göttlichen Ordnung. Indem die Kirche den atheistischen Kommunismus verurteilt, will sie einzig und allein die Reinheit des christlichen Glaubens, die Austeilung der Sakramente und die Einheit der Kirche aufrecht erhalten.“

Ministerpräsident Grotewohl ließ Bischof Dibelius wissen, daß eine sehr ernste Lage entstanden sei. Sie war daran erkennbar, daß zwar der stellvertretende Ministerpräsident Nuschke am Eröffnungsgottesdienst der Synode in der wiederhergestellten Berliner Marienkirche teilnahm und der Synode telegraphisch „einen segensreichen Verlauf für Kirche, Volk und Vaterland“ wünschte. Aber an dem abendlichen Empfang, den der Präses der Synode, Dr. Heinemann, Essen, veranstaltete, — er hatte trotz seiner Eigenschaft als Bundesminister Westdeutschlands den Vorsitz nicht abzugeben, — waren wohl die Vertreter der Militärbehörden von Berlin-West erschienen, doch nicht die Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission. Trotz des Lärms der SED-Presse, die besonders Präses Dr. Heinemann als „Vertreter des Monopolkapitalismus“ angriff, wurde indessen für den 28. April eine Unterredung mit Ministerpräsident Grotewohl vereinbart, die auch im Beisein von Vertretern der römisch-katholischen Kirche (Weihbischof Weskamm, Magdeburg) stattfand. Sie dauerte fast sechs Stunden und brachte das Ergebnis, daß eine Verständigung gesucht werden solle.

### Die ökumenische Fragestellung

Die Synode erhielt durch zahlreiche Vertreter ausländischer Gemeinschaften einen ökumenischen Rahmen. Der neugewählte Landesbischof der evangelischen Kirche Österreichs, D. May, war erschienen. Für den „Ökumenischen Rat der Kirchen“ sprach nicht nur der Hauptreferent, D. Visser 't Hooft, sondern auch einer der sechs Präsidenten, Pfarrer Marc Boegner, der in seiner Eigenschaft als Sprecher der französischen Protestanten die unlängst eingeleitete Zusammenarbeit von Speyer als ein Element des Friedens kennzeichnete (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jg., H. 8, S. 355). Die holländische reformierte Kirche war durch Professor Viscotte, Leiden, vertreten, die skandinavischen Kirchen durch Professor Ording, Oslo, die anglikanische Kirche durch den Bischof von Sheffield, Dr. Hunter. Professor Bodensieck überbrachte die Grüße des amerikanischen Protestantismus, besonders der Lutheraner, und versprach jede Unterstützung im Kampf gegen die dämonischen Mächte der Gottlosigkeit und Unmenschlichkeit. Darin klang ein Artikel wider, den der Sekretär des amerikanischen „Notbundes für den deutschen Protestantismus“, Pfarrer Frederick S. Forell, am 5. April in „Christian Century“ veröffentlicht hatte. Darin schreibt Forell, der zugleich der Verbindungsmann zu Präsident Niemöllers Außenamt der EKD ist, der europäische Protestantismus drohe eine Schlacht zu verlieren. Dadurch werde der Weltprotestantismus betroffen. „Deutschlands Schicksal ist das unsere!“ Darum müßten außerordentliche Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung der deutschen Protestanten getroffen werden, besonders in der Ostzone.

Schon auf der gleichzeitig veranstalteten Laientagung hatte Präsident Niemöller das Thema von Amsterdam, die geistliche und politische Unabhängigkeit der Kirchen zwischen Ost und West, angeschnitten und erklärt, die Christen brauchten keine Angst vor dem Osten zu haben, wie sie auch keine Veranlassung hätten, ihre Hoffnung auf den Westen zu setzen. Wenn die Deutschen auch zwischen den Mühlsteinen stehen, könne ihnen nichts geschehen, als was Gottes Wille ist, und sie müßten in jedem einen Bruder in Christo sehen.

Diese Gedanken führte der Generalsekretär des Ökumenischen Rates, D. Visser 't Hooft, in seinem Hauptreferat zum Friedensthema weiter aus: Christus als König, als Hoherpriester und als Prophet im Dienste des Gottesfriedens. Dieser Friede sei mehr als das Aufhören der Kriege. Es gehe um die totale Erneuerung aller menschlichen Beziehungen. Die Christen seien ein ökumenisches Volk, das „dritte Geschlecht“ und kennten keine nationalen oder politischen Grenzen, wohl aber unbegrenzte Solidarität miteinander. Die Kirche sei universale Kirche, nur in dieser Eigenschaft könne sie wirksam für den Frieden arbeiten. Der Friede sei die Versöhnung mit Gott durch den Hohenpriester Christus am Kreuz und beginne mit der Buße, mit dem Sündenbekenntnis für die Schuld der Kirche, die für ihre Völker spreche und damit die Möglichkeit eines politischen Friedens erschließe, wie es z. B. die Stuttgarter Schulderklärung getan habe (und wenige Tage darauf das Schuldbekenntnis der Synode gegenüber den Juden tat). Der Prophet Christus aber verkünde das Recht Gottes und das von Gott verliehene Recht des Menschen. Darum verteidige die Kirche den von Christus erlösten Menschen gegen den Staat. Leider hätten die protestantischen Kirchen seit Jahrhunderten die Fragen des

Rechts den Juristen und den politischen Machthabern überlassen. Der Ökumenische Rat werde sich dieser Frage nunmehr annehmen, um die Grenzen der staatlichen Souveränität abzustecken und den Christen in der Welt einen festen Standort des Widerstandes zu geben. Heute, da nur noch wenige Großmächte eigentliche Souveränität besitzen, hätten die Kirchen den Völkern zu sagen, daß sie — statt über die verlorene Souveränität zu trauern — mutig vorwärts gehen sollten auf dem Wege der internationalen Rechtsbildung und der allmählichen Integration der Staaten in eine wirkliche Staatengemeinschaft.

### Kriegsdienstverweigerung?

Bischof D. Lilje, Hannover, führte in einem Gegenreferat die Frage zu dem zentralen Thema der Synode, das 1948 in Eisenach umgangen worden war und das auch in Amsterdam nicht recht zu Worte kam, zum Problem der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, eine Frage, die heute auch in Frankreich und England lebhaft erörtert wird. In Deutschland ist diese Frage nicht nur als ein moraltheologisches Problem akut, sondern vor allem als eine nationale Sorge, weil im konkreten Falle des Krieges Deutsche gegen Deutsche würden kämpfen müssen. Der Redner, von lutherischer Tradition her gesetzlichen Thesen abgeneigt, vermied es, dem Anliegen der „Bekennenden Kirche“ zu weit entgegenzukommen. Die Kirche habe in der Verkündigung des Friedens Christi auf jeden Fall Friedensstörern und Friedensbrechern zu widerstehen. Das geschehe, in dem sie nach allen Seiten hin der Politik der Angst widerspreche, auch die Möglichkeiten der Versöhnung zeige und selber anbahne. Sie klage an, wo Gewalttat, Versklavung und Grausamkeiten begangen werden, sie nenne das Unrecht beim Namen und setze den Staatsmännern, ob Christen oder nicht, persönlich und öffentlich zu. Sie bekämpfe den nationalen Egoismus, jede Propaganda des Hasses und der Rachsucht und müsse das noch wirksamer tun, indem die einzelnen Kirchen mehr als bisher zusammenarbeiten und sich dem nationalen Egoismus ihrer Völker entziehen. Aber es sei der Christenheit nirgendwo verheißen, daß es ihr gelingen werde, mit organisatorischen Mitteln die Herstellung des Weltfriedens zu erreichen. Wohl sage sie, wie in Amsterdam bereits getan, daß der Krieg heute schlechthin nicht mehr als ein geeignetes Mittel weltpolitischer Entscheidung angesehen werden darf. Wieweit der Christ unter diesen Umständen die Waffen ergreifen dürfe, sei eine Gewissensentscheidung. Kriegsdienstverweigerung könne in bestimmten politischen Situationen den anderen zur Gewaltanwendung förmlich einladen. Auch die von Präsident Niemöller vertretene Neutralisierung Deutschlands sei kein Ausweg. Der neutrale Gürtel könne, statt eine Welt des Friedens zu sein, auch zum Vorstoß in das neutrale Feld ermutigen. Wohl solle die Kirche die Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen unter ihren Schutz nehmen.

### Die Botschaft

Angesichts dieser beiden maßvollen Referate, die der vorherrschenden Stimmung der Synode entsprachen, beschränkt sich die Friedensbotschaft im wesentlichen auf allgemeine Grundsätze, die an die Seligpreisung der Friedensstifter in der Bergpredigt anknüpfen und die Kundgebung von Eisenach weiter ausspinnen: Abwehr der Haßpropaganda, Achtung vor dem Recht, Achtung der Freiheit und Würde des Menschen, vor allem der Frei-

heit seines Gewissens und Glaubens. Indessen wird doch an einem Punkte ein geistliches Urteil gesprochen, soweit es bei dem Charakter einer konfessionell gemischten Synode möglich war, der keine Lehrentscheidung zukommt. Es heißt: „Wir rufen allen Gliedern unseres Volkes im Westen und im Osten zu: Werdet eindringlich und unermüdlich bei allen, die in politischer Verantwortung stehen, vorstellig, daß sie nicht in einen Krieg einwilligen, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen. Wir legen es jedem auf das Gewissen zu prüfen, ob er im Falle eines solchen Krieges eine Waffe in die Hand nehmen darf.“ Die Synode hat also der besonderen deutschen Sorge in dieser verhältnismäßig starken Form Ausdruck gegeben, die fast einer — allerdings nicht theologisch begründeten — Empfehlung des passiven Widerstandes gleichkommt.

An einer anderen Stelle wird der Gedanke weniger nachdrücklich erweitert: „Wir beschwören die Regierungen und Vertretungen unseres Volkes, sich durch keine Macht der Welt in den Wahn treiben zu lassen, als ob ein Krieg eine Lösung und Wende unserer Not bringen könnte. Wir begrüßen es dankbar und voller Hoffnung, daß Regierungen durch ihre Verfassung denjenigen schützen, der um seines Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert. Wir bitten alle Regierungen der Welt, diesen Schutz zu gewähren. Wer um des Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert, soll der Fürsprache und der Fürbitte der Kirche gewiß sein.“

Schließlich werden, zu der deutschen Not zurücklenkend, die Besatzungsmächte gebeten, die Gefangenen und Internierten frei zu lassen, gerechte Friedensverträge zu schließen und die Zonengrenzen zwischen Ost und West zu beseitigen. „Gebt dem deutschen Volk die Möglichkeit, sich in Freiheit eine neue Rechtsordnung zu schaffen, in der Osten und Westen wieder zu einer Einheit kommen können. Sorgt dafür, daß die Grenzen der Staaten nicht länger Mauern bleiben zwischen nationalen und ideologischen Machtsphären.“ Treffend schreibt „Christ und Welt“ dazu: „Es ist noch nicht so weit, daß das Martyrium der einzige Weg für den ist, der die Wahrheit nicht verleugnen will.“ Diese Botschaft der Synode wurde nicht nur den Gemeinden bekanntgegeben, sondern auch dem Ökumenischen Rat übermittelt. Sie wird vermutlich in Detroit eine Rolle gespielt haben.

#### *Kirche und Juden*

Die Synode hielt es auf langjähriges Drängen der „Bekennenden Kirche“ diesmal für angezeigt, was an ihr lag, zu tun, um in einer sehr ernstesten Frage ihren Willen zum Frieden zu bezeugen. Darum wurden noch vor der Friedensbotschaft, als freiwillig auferlegter Prüfstein ihrer Echtheit, Sätze über „Kirche und Juden“ einmütig beschlossen. Sie knüpfen an Röm. 11, 32 an und lauten:

„Wir glauben an den Herrn und Heiland, der als Mensch aus dem Volk Israel stammt.

Wir bekennen uns zu der Kirche aus Judenchristen und Heidenchristen, die zu einem Leib zusammengefügt ist und deren Friede Jesus Christus ist.

Wir glauben, daß Gottes Verheißung über dem von Ihm erwählten Volk Israel auch nach der Kreuzigung Jesu Christi in Kraft geblieben ist.

Wir sprechen es aus, daß wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist.

Wir warnen alle Christen, das, was über Deutsche als Gottesgericht gekommen ist, aufrechnen zu wollen gegen das, was wir an den Juden getan haben; denn im Gericht sucht Gottes Hand den Bußfertigen.

Wir bitten alle Christen, sich von jedem Antisemitismus loszusagen und ihm, wo er sich neu regt, mit Ernst zu widerstehen und den Juden und Judenchristen in brüderlichem Geist zu begegnen.

Wir bitten die Christengemeinden, jüdische Friedhöfe innerhalb ihres Bereiches, sofern sie unbetret sind, in ihren Schutz zu nehmen.

Wir bitten den Gott der Barmherzigkeit, daß er den Tag der Vollendung heraufführe, an dem wir mit dem getretenen Israel den Sieg Jesu Christi rühmen werden.“

Diese Sätze erfüllen auch eine Bitte, die von dem vorher in Kassel tagenden „Deutschen Evangelischen Ausschuss für Israel“ an die Synode gerichtet worden war. Auf dieser Konferenz ging man aus von einem Referat von Dr. Rudolf Pechel, Stuttgart, über die Schuld des deutschen Volkes an den Juden und veranstaltete ein Rundgespräch, in welchem Professor Nothmann, Fürth, den Standpunkt des orthodoxen Judentums darlegte. Andere Referate hielten der Vorsitzende, Professor Rengstorff, Münster, Professor Lic. Maurer, Marburg, und der ehemalige Syndikus des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger mosaischen Glaubens“, Dr. Alfred Wiener, London. Die Tagung bemühte sich, in Ablehnung des Zionismus die Möglichkeit zu klären, wie der jüdische Glaube an das offenbarte Gottesgesetz mit dem Ereignis Jesu Christi fertig werden könne, und erkannte, daß die wichtigste Vorbedingung dafür eine klare Trennung zwischen dem geistlichen und politischen Bereich sei, damit das Judentum die Freiheit für die Auseinandersetzung zurückgewinnt.

#### *Flüchtlingsproblem*

Einen eigenen Punkt der Tagesordnung bildete das von Dr. Eugen Gerstenmaier vertretene Flüchtlingsproblem und sein Referat über die unzureichenden Zuständigkeiten des UNO-Kommissars für diese Frage. Die Synode hat den Ökumenischen Rat gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Zuständigkeiten des in Kürze zu bestellenden Hochkommissars der UNO auf Flüchtlinge und Heimatlose aller Rassen, Konfessionen und Nationen ausgedehnt werden, so daß dann auch die deutschen Flüchtlinge seiner Betreuung unterliegen. Mit der Wahrnehmung dieser Sorge wurde das Hilfswerk der EKD beauftragt, ebenso wie mit der Durchführung aller erforderlichen Schritte, die Gliedkirchen der EKD und die einzelnen Gemeinden wirkungsvoll an sozialem Wohnungsbau und Siedlung zu beteiligen.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Rates der EKD über das zurückliegende Jahr, den Bischof Dibelius zu Beginn der Synode vortrug, ist erwähnenswert die Bemühung um engere Beziehungen zu den orthodoxen Kirchen, die in Zukunft dahin führen sollen, daß die EKD die Verantwortung für die geistliche Versorgung der 120 000 in Deutschland verbleibenden orthodoxen DP's übernimmt.

#### *Verhältnis zur katholischen Kirche*

Über das Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche sagt der Bericht:

„Mehrfach bestand für den Rat Gelegenheit zu einer Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche in Angelegenheiten, in denen gegenüber staatlichen Besatzungsstel-

len ein kirchlicher Standpunkt vertreten werden mußte, z. B. in Kriegsgefangenenfragen und in der Wahrnehmung der Anliegen der Kirchen hinsichtlich des Lastenausgleichs. Auf theologischem Gebiet wurden schon seit längerer Zeit fortlaufend Gespräche durch einen evangelisch-katholischen Arbeitskreis geführt, der unter dem Vorsitz auf evangelischer Seite von Bischof D. Dr. Stählin und auf katholischer Seite von Erzbischof Dr. Jäger tätig ist. Der Rat der EKD ist über diese Gespräche informiert worden und hat den von evangelischer Seite aufzubringenden Anteil an den Unkosten aus Mitteln der EKD zur Verfügung gestellt. Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geltend gemacht worden, die EKD möchte sich bei den maßgebenden katholischen Stellen für eine Änderung der katholischen Mischehenpraxis einsetzen. Der Rat hält Erörterungen über diese Frage nicht für untunlich, aber die Aufnahme förmlicher Verhandlungen zur Zeit nicht für angezeigt.“

#### *Die Einheit der EKD ist erhalten geblieben*

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich der Eindruck bei allen Teilnehmern verstärkt hat, den Bischof Dibelius schon in dem Rechenschaftsbericht formulierte: „Die Einheit der evangelischen Kirche in Deutschland ist erhalten geblieben. In einem zerrissenen deutschen Vaterland, in welchem zwischen Ost und West nur noch eine sehr lockere Lebensgemeinschaft besteht, steht die EKD als Einheit da, die sich für die Gesamtheit ihrer Glieder und für unser gesamtes Volk verantwortlich weiß.“

#### **D. Asmussen's Kommentar zum Epheserbrief**

In der Folge seiner kritischen Untersuchungen über die Frage, ob die gedanklichen Voraussetzungen der evangelischen Theologie dem biblischen Zeugnis durchweg angemessen sind, legt D. Hans Asmussen eine Erklärung des Epheserbriefes vor. Der Untertitel „Eine Herausforderung an die Macht“ zeigt den thematischen Charakter (Chr. Jensen-Verlag, Breklum in Schleswig, 1949, S. 136). Der Verfasser nimmt keinen Bezug auf den derzeitigen Stand der wissenschaftlichen Forschung, wie sie unlängst durch die Arbeiten von P. Viktor Warnach OSB. und Prof. Heinrich Schlier über „Die Kirche im Epheserbrief“ umrissen wurde (vgl. Herder-Korrespondenz III, S. 548 f.). Ihn interessiert also nicht, wieweit Paulus in dieser Schrift als Missionar auf den „gnostischen Mythos“ seiner Leser eingegangen ist, um diesen Mythos auf den geschichtlichen Jesus von Nazareth und seine Erlösungstat am Kreuz hin zu „interpretieren“ oder herauszufinden, worin das besondere christliche Offenbarungszeugnis liegt. Vielmehr nimmt Asmussen den Text, wie er ist, als verbindliches Offenbarungswort und konfrontiert ihn mit der protestantischen Gewöhnung, „daß wir unser Sein und unser Dasein einfach verstehen als ein Ereignis zwischen Gott und der Seele. Der Raum zwischen Gott und uns ist angefüllt . . .“; der Glaube — so will es das NT — muß im Bereich der Vorstellung bleiben. „Der geistliche Raum, in dem die Christen leben, hat wirklich ein Vorn und ein Hinten, ein Oben und Unten, denn er ist nicht ein entmythologisiertes Nebelgebilde.“ Die Offenbarung Gottes geschieht nicht nackt sondern bildhaft, und Gott wird zur Gabe in Gestalt von Personen, Ämtern und Sakramenten: „das gibt uns ein gewisses Maß von Freiheit in dem Augenblick, wo wir die Gabe in der Hand halten . . . Nun müssen die Menschen sehen, was sie mit der Gabe

machen“. Wer die Aktivität Gottes verabsolutiert und die menschliche Aktivität verleugnet, gibt ein falsches Bild des Heilsvorganges, und hinter dem Ruf „Christus allein“ verbergen sich, wie die Erfahrung lehrt, mancherlei menschliche Herrschaftsansprüche. So wie es den frei wirkenden Menschen innerhalb der Gnadenwelt gibt, so umgibt ihn auch eine Fülle geistiger Realitäten, „Mächte“, Objektivationen des Geistes, die rational nicht erfassbar sind. Von diesen Mächten im All handelt Paulus im Epheserbrief, um zu zeigen, daß Gott uns durch Christus von ihnen befreit, indem er Christus zu ihrem Haupte macht. Man versteht den Epheserbrief nicht, wenn man diese seine Wirklichkeit nicht annimmt. Das Buch, das einen pastoralen Dienst an Pfarrern und Laien leisten will, möchte eine bessere Erkenntnis unserer Wirklichkeit vermitteln. Darin tut es einen großen Schritt voran, dessen Bedeutung für die Erkenntnis des Mysteriums der Kirche unter den evangelischen Brüdern gar nicht überschätzt werden kann.

#### *Objektivationen des Hl. Geistes*

Asmussen hat daher ein besonderes Kapitel über die Lehre von der Kirche im Epheserbrief angefügt, das an die Enzyklika Pius XII. „Mystici corporis“ anknüpft. Darin legt er zusammenfassend die geistliche Wirklichkeit der Ekklesia in seiner Sicht dar, die Gott auf der Grundlage des Apostolats in hierarchischer Folge den Mächten überordnet. Diese Kirche steht zwischen Gott und der Seele und wird in vielseitigen Objektivationen des Hl. Geistes sichtbar. Da heißt es u. a., die christliche Ämterlehre sei ein Kapitel der Gnadenlehre. Für Paulus stehe die Kirche als eine selbständige Größe neben ihrem Haupt. „Es liegt offenbar in des Herrn Absicht, die Kirche so selbständig an sich arbeiten zu lassen. Ja, man gewinnt den Eindruck, daß das Werk Christi als fehlgeschlagen anzusehen ist, wenn es nicht zu dieser selbstständigen Arbeit der Kirche an ihr selbst kommt.“ Verf. glaubt zu sehen, daß Paulus die sichtbare, konkrete, geschichtliche Kirche in ihrer Einheit meint, und er überläßt die einzelnen Landeskirchen der Glaubensentscheidung, ob sie von sich sagen können, sie seien die Kirche, in der es Eph. 5 heißt, daß Christus sie liebe wie der Mann seine Frau!

Man darf sagen, daß dies ein mutiger Vorstoß zu einem neuen Kirchengewissen ist und die einseitige Individualisierung des Evangeliums, das die wissenschaftliche Exegese längst widerrufen hatte, nun auch in der Praxis weit hinter sich läßt. „Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß es keine volle Erkenntnis Christi gibt, wenn er nicht als Schöpfer der neuen Menschheit gesehen wird.“ Der Kirche ist die Aufgabe zugewiesen, Gottes Macht in Christus über die konkreten Mächte zu bezeugen und allenfalls die Machtprobe mit ihnen um der Seelen Seligkeit willen herbeizuführen. Aber den Bann der Sünde, der in Gestalt von Weltanschauungen auf den Gemeinden liege, könne man nicht von der Bequemlichkeit des Sofas aus wegargumentieren. Asmussen beschreitet den umgekehrten Weg wie gewisse Theologen, die eine „Entmythologisierung der christlichen Verkündigung“ betreiben. Die Kirche habe vielmehr den Mythos von der Durchschaubarkeit der geschichtlichen Größen zu zerstören. „Eine Kirche, die so handelt und redet, als habe sie es nur mit vernunftbegabten Menschen zu tun, denen man mit Gründen und durch Erweckung von Affekten beikommen kann, hat

noch nicht begriffen, daß unser Waffengang nicht mit Blut und Fleisch ist. Sie verteilt mittelalterliche Rüstungen als Schutz gegen Atombomben. Wir aber bedürfen der Exorzisten, welche sich mächtig erweisen gegen diese Geistigkeiten... Wir glauben nämlich unsere eigene Theorie von Gott und der Seele im unendlichen Raume selbst nicht recht. Das, was ‚dazwischen‘ ist, stellt eine viel größere Macht dar, als unser Bewußtsein es eigentlich zuläßt. Hier Klarheit zu schaffen, erscheint als eine der vordringlichsten Aufgaben. Unsere kirchlichen und allgemein christlichen Positionsangaben sind so unklar, weil wir von diesen Dingen nichts mehr wissen. Wie unklar die Situation ist, erhellt vielleicht am ehesten daraus, daß unsere Theologen sich noch ernsthaft darüber streiten können, ob des Apostels Worte über die ‚Gewalten‘ eine Gegenwartsbedeutung für uns haben...“ Das ist Asmussens Thema.

In dem interkonfessionellen Gespräch ist seit 10 Jahren der Epheserbrief immer mehr in den Mittelpunkt gerückt. Seine Fruchtbarkeit würde erst dann zu voller Entfaltung kommen, wenn er in der Einheit mit dem Korintherbrief, den Pastoralen und vor allem dem Hebräerbrief kommentiert würde, damit die Kirche als apostolisches und kultisches Rechtsgefüge, als eschatologische „Kampfordnung“ des Volkes Gottes vorgestellt und sämtliche von Jesus gegebenen und von den Aposteln bezugten „Objektivationen des Hl. Geistes“ aufgefunden werden können. Die exegetischen Vorarbeiten dazu dürften ausreichen.

Über die besonderen Motive, die Asmussen zu dieser Schrift geführt haben, unterrichtet sein zeitlich früherer Aufsatz „Ganzheit und Mitte des Glaubens“, der zusammen mit einem offenen Brief von Prof. Karl Rahner S. J. an D. Asmussen „Gespräche über den Zaun“ im Märzheft von „Wort und Wahrheit“ (Wien 1950) abgedruckt ist. Darin zeigt Asmussen, warum heute alles, was die römische Kirche lehrt, für den Lutheraner wieder diskutabel geworden ist, weil nämlich die römische Kirche das Verständnis der überpersönlichen Wirklichkeiten gewahrt und der heilsgeschichtlichen Ordnung Rechnung getragen hat, in welcher die von Luther besonders herausgehobene Mitte, „Jesus allein“, nur innerhalb der Ganzheit der Offenbarungswirklichkeit richtig zu erfassen sei. Vergleicht man die Tendenz von Asmussens Epheserbrief mit der Enzyklika „Mystici corporis“, so könnte es einem fast erscheinen, als wenn der Papst die Unmittelbarkeit des Geistes Christi zu jeder einzelnen Seele mehr gelten läßt als der lutherische Theologe.

**Kirche und Recht — Neue evangelische Thesen** — Seit dem Kirchenkampf ist den evangelischen Theologen das Problem des Rechtes neu aufgegeben, und zwar der Kirche als Trägerin bestimmten Gottesrechtes wie auch als Verkünderin des Rechtes. Um mit der Frage fertig zu werden und das Erbe Sohms zu überwinden und einen eigenen evangelischen Ansatz zu finden, ist immer wieder versucht worden, zwischen der Rückwendung zum sogen. christlichen Naturrecht und einem biblizistischen sakralen Recht hindurchzusteuern. Die Aufgabe wurde um so dringender, als die Juristen in der Praxis des öffentlichen Lebens gültige Maßstäbe zur Überwindung des herrschenden Rechtspositivismus bzw. der rein staatlich begründeten Rechtssetzung fordern. Schon früher berichtete die Herder-Korrespondenz über Vorarbei-

ten im ökumenischen Rahmen von Prof. Erik Wolf-Freiburg i. Br. (Jahrg. III, S. 476f.) über die Frage, ob die Bibel Normen für das Recht ergibt. Inzwischen hat der Rat der EKD das Studium der Frage an namhafte Theologen und Juristen in Auftrag gegeben. Unter dem Titel „Kirche und Recht“ werden die Ergebnisse eines Gespräches der Beteiligten vorgelegt (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1950, S. 52). Erik Wolf (ref.) und die meisten der führenden lutherischen Vertreter waren jedoch abwesend. Die Hauptreferate hielten die Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen und D. Ulrich Scheuer, Stuttgart. Das Ergebnis wurde thesenförmig zusammengefaßt. Es scheint gelungen, in Anlehnung an Vorarbeiten von Karl Barth und Jacques Ellul ansatzweise evangelische Rechtsgrundsätze zu finden, die nicht auf das vorchristliche Naturrecht, sondern auf die Rechtfertigung in Christus Jesus begründet werden, womit zugleich die lutherische Lehre von den zwei Reichen überwunden wäre, der viel Schuld an der Überschätzung des politischen Rechtes zugeschrieben wird. Die Thesen gehen nicht soweit wie Ellul, der das Recht aus der Christologie, aus der „neuen Schöpfung“, entfalten möchte. Es wurde die Feststellung zugrunde gelegt, daß die gegenwärtige Rechtsnot ihre Wurzeln nicht eigentlich im Verhalten des Staates habe als vielmehr in schwärmerischen Religionsbewegungen, die sich des Staates bemächtigt haben. Daher ist der Rückgang auf die Offenbarung in Christus notwendig. Eine christliche Begründung des Rechtes habe vom Doppelgebot der Liebe auszugehen, woraus sich für den Menschen das „Prinzip der Gegenseitigkeit“ als Rechtsgrundsatz ergebe, dessen Verweigerung Ungerechtigkeit ist.

Die Thesen besagen folgendes: 1. Es bestand Übereinstimmung darin, daß zur Begründung des Rechtes keiner der drei Artikel des Glaubensbekenntnisses isoliert herangezogen werden kann. Die vielfach übliche Begründung des Rechtes ausschließlich aus dem ersten Artikel (Gott Schöpfer) wurde ebenso abgelehnt wie die schwärmerische allein aus dem dritten Artikel (Gott Hl. Geist). Auch eine rein christologische Begründung wurde nicht für möglich gehalten.

2. „Das Recht als Daseinsverfassung des Menschen wurzelt in der Tatsache, daß Gott sein Schöpfer ist. Das bedeutet: Gott hat ein unbedingtes Anrecht auf den Menschen. Indem der Mensch dieses Anrecht Gottes verneint, zerstört er sein eigenes Recht. In der Fleischwerdung, Kreuzigung und Auferstehung Jesu Christi hat Gott sein Recht als Schöpfer gegenüber dem Menschen dadurch wieder aufgerichtet, daß er den Rechtsbruch dieses Menschen auf sich genommen hat. Damit ist dem Menschen aufs neue sein Recht gegeben, d. h. in der Person Jesu Christi zugesprochen und zu eigen gemacht. Diesen neuen Stand des Menschen hat die irdische Rechtsübung zu achten. Ihn verkündigt die Kirche. Insofern sind Christusverkündigung und Recht des Menschen untrennbar, und insofern ist die Christologie für das Recht begründend.“

Zum Naturrecht wird unter 3 gesagt: „Die Unterscheidung von iustitia Dei und iustitia civilis wurde im Sinne der Erkenntnis aufgefaßt, daß keine menschliche Rechtssetzung der Gerechtigkeit Gottes kongruent ist. Eine unmittelbare Verknüpfung der iustitia naturalis mit der iustitia aeterna und der iustitia Dei entspricht nicht der evangelischen Lehre. Damit soll nicht bestritten werden, daß die Theologie das natürliche Recht als geschichtliches Phänomen zu beachten hat...“

5. „Aus der Tatsache der Schöpfung und Erlösung ergibt sich die Achtung vor dem Menschen als ein Grundelement rechtlicher Ordnung. In dieser Achtung vor dem Menschen muß auch die richterliche Bestrafung des Menschen geschehen. Auch in der Übung des Rechtes verwirklicht sich die uns durch Christus aufgetragene Liebe zum Nächsten.“

6. „Der Christ darf sich konkreten Entscheidungen zur Verwirklichung der Gerechtigkeit auf Erden nicht entziehen. Im Glauben weiß er um die Gerechtigkeit Gottes und das Lebensrecht des Menschen. Von da aus wird er in Dankbarkeit und Freiheit auch die Rechtsgrundsätze anerkennen und gebrauchen, die im Rechtsbewußtsein der Menschen, in der Rechtsgeschichte der Völker und auch im naturrechtlich aufgenommenen Dekalog vorliegen...“

Diese internen Beratungen innerhalb der EKD, die fortgesetzt werden, stehen in Zusammenhang mit ökumenischen Studien über die „Christlichen Grundlagen des Internationalen Rechtes“, die im Juli ds. Js. der Tagung des Zentrallausschusses des Ökumenischen Rates in Kanada vorgelegt werden sollen. Eine vorbereitende Konferenz dafür tagte Mitte April unter Beteiligung von 20 führenden Juristen, Politikern und Theologen in Bossey. Hier wurde zugegeben, daß man in der ökumenischen Bewegung noch tastend an das Problem des Völkerrechtes herangeht und daß es jetzt an der Zeit sei, zu einer gemeinsamen Interpretation des Rechtes zu kommen.

**Predigt, Mysterium und Liturgie** In einem bemerkenswerten Vortrag vor den württembergischen Pfarrern über „Der Pfarrer und seine Predigt“ stellte der lutherische Landesbischof D. Wilhelm Stählin, Oldenburg, den Zusammenhang von Wort und Mysterium dar („Vom Wagnis der Predigt“, Ev. Verlagswerk, Stuttgart). Von der Feststellung ausgehend, daß das griechische mysterion umfassender ist als lat. sacramentum (z. B. bei Matth. 13, 11 f. oder 1 Kor. 4, 6), sagt D. Stählin: „Das Mysterium ist die Form des Logos, der Logos der Inhalt des Mysteriums. Indem aber dieser biblische Zusammenhang zerrissen wird, verißt der Prediger nur allzu leicht, daß es das mysterion ist, das er auch durch das Wort der Predigt weiterzugeben hat. Das Wort der Kirche ist Mysterienrede... Niemand soll sich unterwinden, diesen ‚Dienst am Wort‘ auf sich zu nehmen, der sich nicht darüber klar ist, wie enge Grenzen diesem Versuch gezogen sind und wie wenig ein mysterion durch das gesprochene Wort allein mitgeteilt und weitergegeben werden kann... Unter dem Einfluß eines nominalistischen Sprachverständnisses sind wir weithin der Meinung erlegen, die menschliche Sprache sei im wesentlichen ein technisches Mittel, um bestimmte Sachverhalte oder Meinungen einem anderen zur Kenntnis zu bringen. Diese Auffassung der Sprache liegt den Männern des Neuen Testaments völlig fern, und wo diese Möglichkeit auftaucht, wird sie als die große Gefahr des ‚leeren‘ Wortes, als die tödliche Entartung religiöser Sprache erkannt und bekämpft... Denn Mysterium ist immer die Gegenwart Gottes, das unausdenkliche und unsagbare Geheimnis des in unserer Mitte gegenwärtigen und wirkenden Gottes.“

Im weiteren behandelt der Landesbischof, wohl wissend, daß man ihm diese Gedanken nicht so ohne weiteres ab-

nehmen werde, die Liturgie als den „Nährboden der christlichen Predigt“ und sagt: „Wer in der Liturgie der Kirche lebt, geht um mit ihrer biblisch gesättigten Sprache, mit den großen Bildern, in denen sie sich bewegt. Er ist hingegeben an das Handeln Christi mit Seiner Kirche, das sich in ihrem liturgischen Leben abbildet und entfaltet... Die Loslösung der Predigt von der Liturgie und dem Sakrament der Kirche ist die eigentliche Erkrankung unserer Predigt, die Wurzel ihres Verfalls...“

Aus der Arbeit von D. Stählin zur Besinnung auf die Mysterien der Hl. Schrift seien hier seine Marienbetrachtungen genannt, die unter dem Titel „Freu dich, Begenadete!“ über die Verkündigung der Geburt des Herrn erschienen sind (Christl. Zeitschriftenverlag, Berlin). Sie sind der beste Kommentar zu dem oben zitierten Vortrag.

**„Die Uneinigkeit der Welt und die Einheit der Kirche“**

Dozent Dr. Heinz Horst Schrey, Bonn, schreibt unter diesem Titel in der Zeitschrift „Evangelische Theologie“

(1950, Heft 9) von dem schweren Hindernis, das die Uneinigkeit der Kirchen für die Einigkeit der Welt bedeutet. Darin heißt es u. a.: „War nicht offensichtlich der Kampf um die Einheit der Deutschen zugleich ein Kampf gegen die Einheit der Kirche Jesu Christi? Im geistigen Raum des Protestantismus war oft genug das einzige Argument für die Ordnung der Kirche der antikatholische Affekt: weil die Papisten das Kreuz, das Bischofsamt usw. haben, darum wollen wir es nicht. Dieser antikatholische Affekt war oft so stark, daß darüber die Verbundenheit mit der ‚großen Tradition‘ der Kirche vergessen wurde, ja die christliche Substanz überhaupt verloren ging. Das Ergebnis dieser protestantischen Angst vor dem Katholisieren war oft genug eine falsche Spiritualisierung und Privatisierung der Kirche und des Glaubens, eine Entartung der Theologie des Wortes in eine solche des Wortgezänks, ein Verlust jeglicher Ordnung in der Gemeinde überhaupt und die rationalistische Auflösung des Gottesdienstes. Daß heute Taufe und Abendmahl in der evangelischen Kirche so problematisch geworden sind, rührt nicht zuletzt auch von der antikatholischen Tendenz in unserer Kirche her. Die Bewegung von Rom weg ist zu einer zentrifugalen Tendenz von der Einheit der Kirche Jesu Christi weg geworden.“ Der Vorwurf des Nationalsozialismus, daß die Konfessionen die politische Einigkeit hinderten, enthalte eine bedenkliche Wahrheit, die auf das Zentrum der christlichen Botschaft vom Frieden auf Erden hinweise, und dieser Friede hänge ab von der Einigkeit, d. h. von der Glaubwürdigkeit der Kirche. „Die uneinigen Kirchen können der Welt nicht Einigkeit predigen, ohne selbst verwerflich zu werden.“

Der Bischof der Episkopalkirche von Washington, Rev. Angus Dun, erklärte zum gleichen Thema, obschon die Kirchen 1948 in Amsterdam ihr Zusammenhalten gelobt haben, sei es doch nicht so einfach, die einzelnen Kirchen auf eine Linie festzulegen, die ihre ganze Existenz kennzeichnet. Im Kirchenvolk werde sich überdies ein ökumenisches Bewußtsein nur sehr langsam ausbreiten. Der bloße Wille zur Einheit genüge nicht, weil er schon dadurch vereitelt oder gehemmt wird, daß die eine oder andere Kirche als Körperschaft mit eigener Leitung nicht ernst genug genommen werden könne.